

## AKTUELL

H1N1

# Gefälschte Pandemie?

Christiane Walerich

**Die Schweinegrippe war ein „viraler Glücksfall“ für die Pharmaindustrie. Während die Regierungen auf ihren überschüssigen Impfdosen sitzen, gerät die WHO in die Kritik.**

„Die Unberechenbarkeit der Influenza-Viren ist hinlänglich bekannt, und niemand kann voraussagen, ob nicht noch eine zweite Welle der A-H1N1-Grippe in diesem Jahr auftreten wird. Deshalb wird in Luxemburg (...) weiter geimpft“, so der Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Jean Colombero. Diese Unsicherheit sei auch der Grund, warum keine genauen Angaben über die Anzahl der geimpften Personen gemacht werden können. Bisher, so der Gesundheitsminister, wurden rund 50.000 der 700.000 eingekauften Impfdosen abgegeben. Um dem offensichtlichen Überschuss zu begegnen, wird Luxemburg in Verhandlungen mit dem britischen Pharmakonzern GlaxoSmithKline eine Verringerung der bereits bestellten weiteren Impfstoffmenge um ein Drittel anstreben. Da

von abgesehen könnten die Verfallsfristen - 18 Monate für das Antigen und 4 Jahre für das Adjuvans - durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) verlängert werden, womit die Impfdosen auch zu einem späteren Zeitpunkt noch verwendungsfähig wären. Zudem stehe man wegen der Möglichkeit des Verkaufs bzw. der kostenlosen Abgabe von Impfdosen an Drittländer in Verhandlungen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Die WHO jedoch gerät wegen ihres Umgangs mit der Schweinegrippe zunehmend in die Kritik. Experten und Abgeordnete werfen der Organisation vor, die Schweinegrippe vorzeitig zur Pandemie erklärt zu haben. Im Zusammenhang mit diesem Vorwurf wurde auf Initiative des Vorsitzenden des Unterausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates für Gesundheit, Wolfgang Wodarg, letzte Woche eine Anhörung mit dem Titel „Der Umgang mit der H1N1-Pandemie: Ist mehr Transparenz erforderlich?“ veranstaltet, in der die Beziehung der Impfstoffhersteller zur Weltgesundheitsorganisation (WHO)

unter die Lupe genommen werden sollte. Die Pharmaindustrie habe die Gefahr der Schweinegrippe hochgespielt und damit Druck auf die Regierungen ausgeübt, so die Vermutung von Wodarg. Auf diese Weise habe sie nicht nur Extra-Profit in Milliarden-Höhe eingefahren, sondern auch Millionen gesunder Menschen - vor allem Kinder und Schwangere - unnötigerweise der Gefahr von Nebenwirkungen von nicht ausreichend getesteten Impfstoffen ausgesetzt.

Grundlage des Kaufs der viel zu großen Menge an Impfstoff durch die Regierungen sind nach Wodargs Darstellung Verträge mit den Pharma-Unternehmen, die weit vor der Ausrufung der H1N1-Pandemie durch die WHO zurückreichen: Bereits 2006 und 2007, zur Zeit der so genannten Vogelgrippe, hatten die Impfstoffhersteller „schlafende Verträge“ mit den einzelnen Ländern über die Lieferung von Millionen Dosen Impfstoff geschlossen. Die Regierungen verpflichteten sich in diesen Verträgen, im Falle der Ausrufung einer Pandemie bei den entsprechenden Firmen Impfstoff für ihre Bevölkerungen zu kaufen und alle Risiken selbst zu übernehmen. „On 11th June 2009, the WHO raised the level of influenza pandemic alert from phase 5 to 6 and declared a global flu pandemic“, so Wolfgang Wodarg. Viele Länder hätten daraufhin ihre nationalen Pandemiepläne in Gang gesetzt. „The pharmaceutical

companies must have been waiting for this announcement, which was made even though the flu was relatively mild. This was possible because a new definition of pandemic levels had been adopted just beforehand“, erläutert der Experte. Er vermutet, dass die Einflussnahme der Hersteller von Grippe-Medikamenten die WHO dazu gebracht habe, ihre Definition von Pandemie abzuschwächen: Während eine Pandemie nach den ursprünglichen WHO-Bestimmungen durch das Kriterium überdurchschnittlich hoher Erkrankungs- und Sterberaten definiert gewesen sei, sei nun als ausschlaggebend festgesetzt worden, wie schnell sich ein Virus ausbreitet.

Die Folge dieser falschen Epidemie ist eine gigantische Verschwendung von Geldmitteln, die für die Bekämpfung anderer Krankheiten, etwa Krebs, dringend gebraucht würden. Folge ist aber auch ein gravierender Verlust des Vertrauens in die WHO. Es wäre zu wünschen, dass auch Luxemburg darauf drängt, dieser Anhörung einen Untersuchungsausschuss folgen zu lassen, damit mögliche Interessenskonflikte, finanzielle Beziehungen der WHO-Experten zur pharmazeutischen Industrie etc., aufgedeckt werden können. Aber auch, damit die abgeänderte Definition des folgeschwangeren Begriffs der „Pandemie“ der kritischen Befragung ausgesetzt wird.

(Siehe: <http://www.wodarg.de/>)

## MEDIENKOMPETENZ

# Twitter-Generation

Christiane Walerich

**Jugendliche sollen lernen, Medien den eigenen Zielen und Bedürfnissen entsprechend zu nutzen - ein Thema, wichtig genug, dass sich die Chamber mit ihm auseinandersetzt.**

Lange ist es her, dass die „Sendung mit der Maus“ für die Kleinen die mediale Spitze darstellte. Heute sind Medien für die Kinder weitaus entwickelter. Sie sind omnipräsent, Segen und Fluch zugleich. Laut einer Ceps-Studie vom Mai 2009 bringen in Luxemburg über 20 Prozent der Kinder zwischen 6-10 Jahren täglich mehr als drei Stunden vor dem Fernsehapparat zu. 2008 gab der Statec den Anteil der Haushalte, in denen ein Computer vorhanden ist, mit 83 Prozent, und denjenigen, die über einen Internetanschluss verfügen, mit 80 Prozent an. Damit nimmt Luxemburg zusammen mit den skandinavischen

Ländern die Spitzenposition in diesem Bereich ein. Laut dem letzten Bericht des „Ombuds-Comités fir d'Rechter vum Kand“ bekommen die meisten Kinder ihren ersten PC oder ihr erstes Mobiltelefon vor Erreichen des neunten Lebensjahres.

Wie dieser Entwicklung zu begegnen sei, und wie Kinder und Jugendliche zu einem kontrollierten und kritischen Umgang mit den Medien gebracht werden könnten - darum ging es in einer Aktualitätsstunde in der Chamber, die von der grünen Fraktion beantragt worden war. „Einem medienkompetenten Menschen fällt es leichter, in einer Welt zurechtzukommen, die von Medien geformt wird. Der Mediengesulte kann aufgrund eines größeren Medienzugangs leichter Entscheidungen treffen und mit der Außenwelt kommunizieren. Gut ausgebildete Eltern können

ihre Kinder vor Missbrauch und den Gefahren schützen, die von Medien ausgehen“, so Claude Adam, Grünen-Abgeordneter, der in seinem Vortrag auf den kritischen Jahresbericht des „Ombuds-Comités fir d'Rechter vum Kand“ hinwies.

Die Gefahren, vor denen Adam warnte, reichen vom übermäßigen Fernsehkonsum bis zum „Cyberbullying“, dem anonymen Mobbing per Internet oder Mobiltelefon. Auch der störende Gebrauch der Mobiltelefone in den Schulen gehört dazu: Hier hält Adam sogar ein zeitbegrenztes Verbot der Handys für angebracht - sofern die Schulen frühzeitig mit den Kindern den adäquaten Umgang mit diesem Kommunikationsmittel einüben. Wirklich fatal seien jedoch Online-Spiele, da sie oftmals die Nutzer süchtig machten. Viele Jugendliche verlieren durch sie den Bezug zum wirklichen Leben. „Das wirkliche Leben kann halt nicht per Mausklick verändert werden“, so Adam. Als sehr bedenklich müsse auch angesehen werden, dass viele Jugendliche ohne zu überlegen Privates auf Facebook, Youtube oder Twitter von sich preisgeben.

Aus allen diesen Gründen kommt es nach Adams Überzeugung wesentlich darauf an, frühzeitig den richtigen Umgang mit den Medien zu erlernen. „Es gibt viele Ansätze in Luxemburg; trotzdem vermisst man theoretisch fundierte und zusammenhängende Bemühungen, die Medienkompetenz bei Eltern, Erziehern und Kindern zu entwickeln“, kritisierte der Abgeordnete von Déi Gréng. Das Lehrpersonal müsste hierzu die Möglichkeit der Weiterbildung bekommen. Forscher und Netzwerkarbeit seien wichtig, ebenso die internationale Zusammenarbeit. Diese letztere auch deshalb, weil das Internet das Medium sei, in dem pornografisches Material über Kinder zu Geld gemacht wird. „Das Problem ist hier, dass sich die Täter oftmals im Ausland befinden, wo es keine legale Basis gibt, um gegen diese Art der Kriminalität vorzugehen“, erläuterte Adam.

Damit auf den Anregungen der Abgeordneten auch konkrete Projekte folgen, soll das Thema - auf Vorschlag der Erziehungsministerin Mady Delvaux-Stehres - demnächst in der Erziehungskommission noch einmal behandelt werden.